

Die Völkische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3 G.M., vierteljährlich 10 G.M., halbjährlich 19 G.M., jährlich 35 G.M. (Postgebühren extra). Einzelhefte 10 Pfennig.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die 1. Spalte 10 Pfennig, die 2. Spalte 8 Pfennig, die 3. Spalte 6 Pfennig, die 4. Spalte 5 Pfennig, die 5. Spalte 4 Pfennig, die 6. Spalte 3 Pfennig, die 7. Spalte 2 Pfennig, die 8. Spalte 1 Pfennig.
Verleger: Dr. G. O. Müller, Leipzig, Straße 61/62, Fernruf Central 2801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach 10000 Halle 2052.	Freitag, 6. März 1925	Geldförmliche Berlin, Bernburger Str. 50, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 4290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Um den Nachfolger Oberts

Ein gemeinsamer Kandidat der Reichsparteien

Deutschnationale und Präsidentenwahl

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Die deutschnationale Reichstagsaktion erörterte heute abend in vertraulicher Sitzung die bevorstehende Präsidentenwahl.
Wie wir weiter erfahren, wurde in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsaktion mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung nicht bei der Frage kommenden Kandidaten miteinander wegen eines gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl übereinstimmen. Die Besprechungen befinden sich erst in den ersten Anfängen. Personalkontakten sind noch nicht erörtert worden. Die Besprechungen werden in der nächsten Woche im Besonderen der beteiligten Parteien in Berlin fortgesetzt werden.

Noch keine Stellungnahme des Zentrums zur Präsidentenfrage

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß heute abend mit der Aufwertung der Reichspräsidentenwahl keine Stellungnahme, weil man erst die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktionen, die am Sonntag zusammenkommen werden, abwarten will.

Die Stellvertretung des Reichspräsidenten

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Es wäre wirklich vermerkwürdig gewesen, wenn die oppositionelle Seite sich die Gelegenheit hätte entgehen lassen, die

Frage der Stellvertretung des verstorbenen Reichspräsidenten in einem politischen Spiel zu machen. Nachdem der Einfluß bei allen politischen Spielen der letzten Zeit fast ausschließlich Marx heißt, ist es dem Demokraten Erlangen vorbehalten geblieben, als erster die Anforderung an einen Stellvertreter der Reichspräsidentenfrage zu stellen. Er tat das bei den heutigen Verhandlungen der Parteitagung, wobei er tief in die ihm gewöhnlich sehr klaren Geheimnisse des Staatsrechtes einzuordnen vermag und dazu außenpolitische Weisheit zum besten gibt, die allerdings von keinem besonderen Niveau zeugt. Zum Vorschlag selbst ist zu sagen, daß er sehr verständlich, wenn er sich im Reichstage zu einem Vortrage berechtigt hätte, eingehend und sachlich geprüft werden müßte, wobei aber unserer Überzeugung nach doch wohl die bisher vertretene Auffassung zum guten Ende festgehalten wird, da sich eine eigene Stellvertretung und also auch ein eigenes Gesetz erübrigt, zumal der Termin für die Wahl bereits festgelegt ist.

Vertagung des Reichstages bis nach der Präsidentenwahl

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde mitgeteilt, daß sich der Reichstag Ende nächster Woche vertagen und erst nach der Reichspräsidentenwahl wieder zusammenkommen wird. Da der Haushaltplan für 1924 sowie der für 1925 bis zum 1. April noch nicht verabschiedet werden kann, wird ein Notgesetz erlassen, das dem Reichstag am Montag nächster Woche verabschiedet werden soll.

griffen, es ist zum Glück nicht ein einziger Todesfall zu beklagen. Verletzte (durch Hinfallen oder Umstürzen) sind etwa 4000 Personen, die Zahl der Obdachlosen und Sperrhäftlinge beträgt allerdings mehrere Hundert; sie sind hervorgerufen durch das Gedränge und Hundelagen stehen (teilweise von 8 Uhr morgens ab) auf einer Stelle. Sie haben besonders die weiblichen Zugvögel und Kinder betroffen.

Der vermüllte Tiergarten
Die Bewohnungen im Tiergarten und besonders auf dem Königsplatz spalten — wie wir von der Tiergarten-Direktion erfahren, jeder Bekleidungs- und Sperrhäftlinge betragt allerdings mehrere Hundert; sie sind hervorgerufen durch das Gedränge und Hundelagen stehen (teilweise von 8 Uhr morgens ab) auf einer Stelle. Sie haben besonders die weiblichen Zugvögel und Kinder betroffen.

Die „Rote Fahne“ verboten!

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die „Rote Fahne“ auf die Dauer von zwei Wochen durch eine Verfügung des preussischen Innenministeriums verboten worden, weil sie in ihrer gelblichen Aufschrift den Reichstag verächtlich hat, die als Beschimpfung der deutschen Republik aufgefaßt werden.

Der Londoner Botschafter kommt nach Berlin

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Zeit einigen Tagen weit der erste Botschafter der deutschen Botschaft in London in Berlin. In der nächsten Woche wird sich auch Botschafter Dr. Schmarer nach Berlin begeben. Bei seinem Besuch handelt es sich um Verhandlungen über laufende politische Angelegenheiten, die u. a. auch mit der Neuwahl des Reichspräsidenten zusammenhängen. Hierzu erfahren wir, daß auch andere deutsche Botschafter demnächst in Berlin erwartet werden.

Die „Bedingungen“ Frankreichs

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 5. März.
Wie die Morgenblätter melden, werden Gerriot und Ghaumierlin am Sonntag unter anderem auch die Garantiepolitik besprechen. Die französische Regierung habe sich noch zu keiner endgültigen Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen entschließen können, obwohl ihnen die Wichtigkeit des englischen Schrittes günstig gegenübersteht. Die Morgenblätter melden folgende Bedingungen, unter denen die französische Regierung den deutschen Vorschlägen zustimmen würde:

1. Militärisch militärischer Abmachungen zwischen Frankreich, England und Belgien außerhalb des Rahmens des geplanten Garantiepaktes;
2. Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund unter Lebensbedingung oder daraus sich ergebenden Verpflichtungen;
3. weitgehende Abänderung der deutschen Vorschläge über die Selbstbestimmungsrechte mit Polen und der Tschechoslowakei.

Die Wähler werden darauf hin, daß die Stützen der kleinen Entente bei der Versammlung über das Genfer Protokoll betont haben, daß die territorialen, durch die Verträge von Versailles und St. Germain festgelegten Bestand auf keinen Fall Gegenstand eines Selbstbestimmungsrechtes sein dürfe.
Wir können nicht einsehen, warum sich Deutschland „Bedingungen“ Frankreichs für dessen Zustimmung zu Sicherheitsvorschlägen benehmen soll, die doch nur zu Gunsten Frankreichs gemacht worden sind! (D. Schriftl.)

Quai d'Orsay berät über die Sicherheitsfrage

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 5. März.
Quelle bemerkt daß unter dem Vorbehalt von Gerriot eine Konferenz am Quai d'Orsay stattgefunden, zu der Kriegsminister General Pollet, Brand und Baui Boncour herangezogen wurden. Zur Sprache gelangte die Frage der Selbstbestimmungsfrage, sowie die beschlossenen Artikel des Völkerverbundes.

Preussische Ministerpräsidentenwahl am 10. März

Das schwankende Zentrum

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Wahl, die sich in der letzten Zeit zwischen Sozialdemokraten und Zentrum abzuwickeln gemacht hat, scheint jetzt wieder zu wanken. Das Zentrum hat im Ausschreiben des Preussischen Landtages den Vorschlag gemacht, den preussischen Ministerpräsidenten erst nach der Reichspräsidentenwahl zu berufen. Von der Weimarer Koalition stehen dagegen eher die Sozialisten auf. Zeitweilen ist die Wahl auch von den beiden Reichsparteien unbesehen abgelehnt worden. Es bleibt nun bei dem

Beschluß des Reichstages,
den Präsidenten am 10. März zu wählen. Heute lauten auch alle Fraktionen die Besprechungen über Ausschüsse und Vorschläge begonnen. Gekündigt wird von einem Mitglied des Zentrums auf die Weimarer Koalition, da er als mittelvermittelte Kandidat für die Reichspräsidentenwahl gilt. In der Koalition von 1918 kommt man auch, daß sich die sozialdemokratische Partei beim zweiten Wahlgang von einem eigenen Kandidaten loslag. In dem ersten Wahlgang müßten sie aber schon das Verbot halber selbstverständlich mit einem eigenen Kandidaten aufwarten.

Ingenieur hat Herr Severing die Mitteilung seines Parteivorstandes, sein Gesundheitszustand zwinge ihn zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur, mit allem Nachdruck widerlegen lassen. Er ist als Kandidat für den Reichstag, der sich für die mittlere, notwendig gewordenen Regierungsbildung in Preußen nicht besonders wichtig erachtet, da es sich nicht um die eigentliche Auserwählung (lediglich von Personen, sondern von deren Vertreterinnen) in einem Lande handelt. Nachdem die Weimarer Koalition Parteien sich davon überzeugen lassen, daß selbst der beste Kandidat nicht mehr ausreicht, sollte man doch endlich auf die Einstufung dieses Mannes verzichten. Vielleicht wird man sich bis zum nächsten Mittwoch noch bestimmen, zumal die Sozialdemokraten davon träumen, daß nach dem Verzicht von Herrn Severing nur noch ein Sozialdemokrat als Ministerpräsident für Preußen in Frage käme.
Was sagt nun das Zentrum dazu?

Marx verhandelt mit den Deutschnationalen

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Ministerpräsident Marx hatte heute nachmittag eine Verhandlung mit der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen führen eine kleine Koalition aus Demokraten und Zentrum ab. Am Halle feiner Landtagsauflösung begeben die Deutschnationalen als

Severing doch nicht antsmüde

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der preussische Innenminister, Severing, ein sehr energiegelader Mann. Er befindet sich, wie die hiesigen Mitteilungen, in dem besten Gesundheitszustand. Severing hat bisher auch nicht erklärt, daß er eine neue Wahl nicht annehmen werde.

Eine Anfrage

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 5. März.
Die Deutschnationale Volkspartei hat im Landtag eine kleine Anfrage wegen der Lage im Reichstag gestellt, die im Reichstag eingeleitet. Darin heißt es:
„Nach übereinstimmenden Mitteilungen von Zeitungen der verschiedenen Parteien ist es anzunehmen, daß die Reichspräsidentenwahl am 10. März in Berlin zu schweren Unordnungen und zahlreichen Unfällen führen wird. Nach der Auffassung der Volkspartei ist es anzunehmen, daß die Reichspräsidentenwahl am 10. März in Berlin zu schweren Unordnungen und zahlreichen Unfällen führen wird. Nach der Auffassung der Volkspartei ist es anzunehmen, daß die Reichspräsidentenwahl am 10. März in Berlin zu schweren Unordnungen und zahlreichen Unfällen führen wird.“

Engelgen hat übertriebenen Mitteilungen mit festgehalten werden, daß es der Schutzpolizei während der letzten Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten gelungen ist, die Unordnungen trotz des ungeheuren Andranges ohne schwere Maßnahmen durchzuführen. In einigen Stellen, wo das Publikum besonders dicht gedrängt war, mußten harte Mäße der Schutzpolizei teilweise beritten eingesetzt werden. Die Mädrichern, daß diese Personen getötet und taufend verletzt wurden, sind völlig aus der Luft ge-

